

Rainer König:

Exzerpt zu Jürgen Habermas: Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik

„Ich will zunächst auf das Verhalten von normativer und empirischer Theorie eingehen (1), sodann erklären, warum und wie wir den demokratischen Prozess, sobald er unter Bedingungen einer individualisierten und pluralistischen Gesellschaft institutionalisiert wird, im Lichte deliberativer Politik begreifen sollten (2), und schließlich an die unwahrscheinlichen Stabilitätsbedingungen einer krisenanfälligen kapitalistischen Demokratie erinnern (3).“ (S. 6) Hier geht es dann auch um die veränderte Medienstruktur und ihren Einfluss auf die Politik.

Letztere fördern die Entgrenzung und Fragmentierung der Öffentlichkeit. Der Plattformcharakter der neuen Medien erzeugt einen neuen Kommunikationsraum, „worin Leser, Hörer und Zuschauer spontan die Rolle von Autoren ergreifen können.“ (4).

Der Konsum von Zeitungen und Zeitschriften bricht drastisch ein (5), bei exklusiven Nutzern sozialer Medien scheint sich „eine Weise der halböffentlichen, fragmentierten und in sich kreisenden Kommunikation durchzusetzen, die deren *Wahrnehmung von politischer Öffentlichkeit* als solcher deformiert“ (S. 6) und damit den „deliberativen Modus der Meinungs- und Willensbildung gefährdet (6).“ (S. 7)

Zu 2.

Der Ansatz deliberativer Politik erklärt, wie heute politische Kompromisse zustande kommen können (S. 15) Da es eine legitimierende Kraft des Glaubens an Gott nicht mehr gibt, muss sich heute das demokratische System „gewissermaßen *aus sich selber* legitimieren“ (S. 15) Und zwar aus der Kraft „des rechtlich institutionalisierten *Verfahrens* der demokratischen Willensbildung.“ (S. 15) Dieses Verfahren lebt vom „*diskursiven Charakter*“ der vorangehenden Beratungen, d.h. „von der *Kraft der Gründe*, die“ mobilisiert werden (S. 16).

Unterstellt wird also, dass es bei Mehrheitsentscheidungen vorher Beratungen gab, in der nach Möglichkeit alle relevanten Themen und erforderlichen Informationen „mit Argumenten pro und contra zur Sprache kommen“ (S. 16).

Es „ist dieses *Erfordernis der freien Deliberation*, das die zentrale *Rolle der politischen Öffentlichkeit* erklärt.“ (S. 16)

Nicht zufällig hat sich historisch zusammen, mit der liberalen Demokratie die ‚bürgerliche Öffentlichkeit‘ entwickelt.

„Die massenmedial gesteuerte Meinungsbildung generiert im zerstreuten Publikum der Staatsbürger einen Plural von *öffentlichen Meinungen*.“ (S. 17) Diese werden durchs Mediensystem gefiltert, über die dann jeder Bürger die Gelegenheit erhält, „sich jeweils eine *eigene* Meinung zu bilden“. Derart kann er dann eine rationale motivierte Wahlentscheidung treffen (18).

„Bei der in der Öffentlichkeit entfesselten Kakophonie der gegensätzlichen Meinungen wird allein eines vorausgesetzt: der alle übrigen Auseinandersetzungen legitimierende Konsens über die Grundsätze der gemeinsamen Verfassung.“ (S. 19)

Dabei müssen die Bürger diesen Meinungsstreit „als folgenreich wie auch als einen Streit um die besseren Gründe *wahrnehmen* können.“ (S. 21)

„Ohne einen geeigneten Kontext finden die für eine demokratische Legitimation der Herrschaft wesentlichen Voraussetzungen deliberativer Politik aber keinen Halt in einer Bevölkerung, „von der die Gewalt ausgehen soll (S. 21).

3.

En moralischen Kern einer liberalen politischen Kultur bildet „die Bereitschaft der Bürger zur reziproken Anerkennung von Anderen als Mitbürgern und gleichberechtigten demokratischen Mitgesetzgebern.“ Der politische Gegner ist dabei Gegner und nicht mehr Feind (S. 24)
Zudem verlangt diese Kultur eine „Gemeinwohlorientierung“ (S. 25).

Zweitens muss ein Maß an Gleichheit der Beteiligung am demokratischen Meinungs- und Willensbildungsprozess geben (S. 25). Dem widerspricht aber „dass das prekäre Verhältnis zwischen demokratischem Staat und kapitalistischer Wirtschaft „soziale Ungleichheiten tendenziell verstärkt.“ (S. 27)

Deshalb ist drittens eine „sozialstaatliche Ausbalancierung“ wichtig. (S. 27). „Seit dem neoliberalen Politikwechsel sind ... die westlichen Demokratien in eine Phase zunehmender innerer Destabilisierung eingetreten.“ Verstärker sind die aktuelle Klimakrise und der Migrationsdruck (S. 29).

4.

Um konkurrierende öffentliche Meinungen hervorzubringen, die den Maßstäben deliberativer Politik genügen, „hat *das Mediensystem* eine ausschlaggebende Bedeutung.“ (S. 32)
Hier bildet allein die „von *Massenmedien* gelenkte *öffentliche Kommunikation*“ den Bereich, „worin sich die kommunikativen Geräusche zu relevanten und effektiven öffentlichen Meinungen verdichten können.“ (S. 32)

Wie hat nun die Digitalisierung dieses Mediensystem verändert? (S. 32) man kann diese Veränderung seit Beginn des 19. Jh. „am Umfang und Art der *Mediennutzung* ablesen.“ (S. 33)

Die US-amerikanische National Science Foundation traf 1991 die Entscheidung, die Erfindung der Rechnernetzung auch für eine kommerzielle Nutzung freizugeben. „Das war der entscheidende Schritt zur Einrichtung des World Wide Web zwei Jahre später.“ (S. 35)

Für die demokratische Öffentlichkeit entstand damit eine „ambivalente Sprengkraft: denn diese ist mit ihrer Ausrichtung auf das Zentrum handlungsfähiger staatlicher Organisationen einstweilen auf nationalstaatliche Territorien begrenzt.“ (S. 35)

Der Plattformcharakter ist das eigentlich Neue an den neuen Medien. „Denn damit entledigen sie sich auf der einen Seite jener produktiven Rolle der journalistischen Vermittlung und Gestaltung ..., die die alten Medien wahrnehmen ... sie *ermächtigen* alle potenziellen Nutzer prinzipiell zu selbständigen und gleichberechtigten Autoren.“ (S. S. 36).

Die neuen Medien, d.h. die Plattformen „produzieren nicht, sie redigieren nicht und sie selegieren nicht; aber indem sie ... neue Verbindungen herstellen“ und dadurch „inhaltlich unvorhersehbare Diskurses anstoßen und intensivieren, verändern sie den Charakter der öffentlichen Kommunikation tiefgehend.“ (S. 37)

Die Rollentrennung zwischen Zuschauer und Produzent, Leser und Schreiber etc. wird aufgehoben. „Demgegenüber stellen Plattformen eine vielseitig vernetzungsoffene kommunikative Verbindung für den spontanen Austausch möglicher Inhalte zwischen potenziell vielen Nutzern her.“ (S. 37) Diese begegnen sich „als prinzipiell gleiche und selbst verantwortliche Teilnehmer am kommunikativen Austausch zu spontan gewählten Themen.“ (S. 37)

Wegen der fehlenden professionellen Schleusen ist dieser Austausch und seine Beziehungen „*inhaltlich ungeregelt*.“ (S. 37)

So wird das emanzipatorische Versprechen der Gleichheit „zumindest partiell von den wüsten Geräuschen in fragmentierten, in sich selbst kreisenden Echoräumen übertönt.“ (S. 27)

1. Effekt dieser neuen Entwicklung: das egalitäre und antiautoritäre Potenzial ist „zur libertären Grimasse weltbeherrschender Digitalkonzerne erstarrt.“ (S. 38)
2. Effekt, alle sind zu (potenziellen) Autoren geworden. „Wie der Buchdruck alle zu potenziellen Lesern gemacht hatte, so macht die Digitalisierung heute alle zu potenziellen Autoren. Aber wie lange hat es gedauert, bis alle lesen gelernt hatten?“ (S. 39)

„Die Plattformen liefern ihren emanzipierten Nutzern keinen Ersatz für die professionelle Auswahl und diskursive Prüfung der Inhalte anhand allgemein anerkannter kognitiver Maßstäbe.“ (S. 39)

„Auch die Autorenrolle muss gelernt werden.“ (S. 39) Ist da nicht der Fall, leidet die Qualität der Diskurse: sie werden abgeschirmt, fragmentiert und enthemmt zugleich. (S. 39)

Zwar ist zwischen 1980 und 2015 der Buchkonsum „einigermaßen stabil geblieben“, aber die Reichweite der Tageszeitungen hat dramatisch abgenommen: er ist von 69% 1964 auf 33% in 2015 zurückgegangen (S. 41). Rückgang gedruckter Medien von 60% auf 22% in 2020 (S. 41), 14-29-Jährige lasen 2020 nur noch 6% gedruckte Zeitungen/Zeitschriften (S. 42).

Lesen von Tageszeitungen 1980 im D 38 Min. (Zeitschriften 11 Min.), 2015 23 Min. (11 Min.) (S. 42)

Tägliche Nutzungsdauer digital gelesener Texte in der Gesamtbevölkerung 18 Min, davon 6 für Zeitungen/Zeitschriften (S. 42). Ende 2019 für 28 EU-Staaten erhobenes Eurobarometer: Täglich benutzen 81% der Befragten das TV, 67% das Internet allgemein, 47% soziale Medien, 46% das Radio und 26% die Presse, 2010 nutzen 38% die Tageszeitung (S. 42).

Als hauptamtliche Info-quelle nennen 77% das TV, 40% das Radio und 36% die Printmedien, 49% das Internet im Allgemeinen und 20% die sozialen Medien (S. 43).

Der „drastische“ Rückgang des Konsums der Tageszeitungen ist für H. ein „Indikator dafür“, dass „die durchschnittliche Aufmerksamkeit für politische Nachrichten und die analytische Verarbeitung von politisch relevanten Fragen nachgelassen hat.“ (S. 43)

Das konstante Niveau von Radio und TV sorgen aber für eine „zuverlässige und hinreichend vielfältige politische Information von mindestens drei Vierteln der Wohnbevölkerung in“ der EU (S.43).

Allerdings hat wohl die Unterwanderung der Öffentlichkeit durch Fake News (in den USA vor allem unter Trump) „auch in Europa das Misstrauen in die Medien verstärkt.“ 41 % der vom Eurobarometer Befragten bezweifeln, dass die nationalen Medien frei von pol./wirt. Druck berichten (S. 44). 79 % behaupten, schon einmal falsche Nachrichten gesehen zu haben.

All das lässt den Schluss zu, dass „die Aufnahmebereitschaft der Bürger und die intellektuelle Verarbeitung von politisch relevanten Nachrichten und Problemen eher abgenommen haben“ (S. 44) und eine „wachsende Minderheit der Medienkonsumenten ... digitale Plattformen für den Rückzug in abgeschirmte Echoräume von Gleichgesinnten“ zu nutzen (S. 45).

Die neuen Plattformen sind Unternehmen, die der Kapitalverwertung gehorchen. Ihre Gewinne verdanken sie der Verwertung von Daten, die sie zu Werbezwecken als Waren veräußern (S. 47). Es sind dies die persönlichen Daten, die ihre Kunden im Netz hinterlassen., und die personalisierte Werbung ermöglichen.

Was H. hier interessiert, ist der „Anpassungsdruck“, der von der Verwertungslogik der neuen Medien auf die alten ausgeübt wird. Diese folgen nämlich eigentlich einer anderen Logik: der Nachfrage nach Texten und Inhalten, „deren Form und Inhalt kognitiven, normativen oder ästhetischen Maßstäben genügen müssen“ (S. 47). Sie erfüllen damit eine „Orientierungsfunktion“ in der Lebenswelt (S. 48).

Mit ihrem Informations- und Deutungsfluss „bestätigen, korrigieren und ergänzen die Medien“ so „das unscharfe alltägliche Bild einer als objektiv unterstellten Welt,“ von der die meisten annehmen, das sie von allen anderen als normal akzeptiert wird (S. 48).

Die ‚Plattformierung der Öffentlichkeit‘ bringt diese Medien in Bedrängnis – z.B. weil die Werbeinnahmen wegen fallender Auflagen abnehmen, sie im Internet mit kostenfreien Angeboten konkurrieren und ihre Redaktionen zusammenlegen und -streichen müssen (S. 48).

„Wenn Daten- und Aufmerksamkeitsmanagement an die Stelle gezielter Recherche und genauer Integration treten, ‚wandeln sich Redaktionen, zuvor Orte der politischen Debatte, mehr zu Koordinationszentren für die Beschaffung, die Steuerung der Produktion wie der Distribution von Content.‘“ (S. 49)

Verstärkt werden dadurch auch „Tendenzen der Entpolitisierung“, die es seit den 1930er Jahren gibt (S. 50) und die viel mit dem Angleichen politischer Programme an „Unterhaltungs- und Konsumangebote“ zu tun hat.

Zudem bieten die sozialen Medien ihren Nutzern Plattformen „für eine narzisstische Selbstdarstellung und die ‚Inszenierung von Einzigartigkeit‘“ (S. 50). Von hier aus mag „das ‚Singularisierungsversprechen‘ der richtige Begriff“ für die Influencer sein (S. 50).

H. scheint aber ein anderer Aspekt wichtiger zu sein: in diesen „selbstgesteuerten und fragmentierten Öffentlichkeiten“ entsteht „ein Sog zur selbstbezüglich reziproken Bestätigung von Interpretationen und Stellungnahmen.“ (S. 51)

Wenn das dann die „bisher übliche *begriffliche Unterscheidung zwischen privater und öffentlicher Sphäre* berühren würde, müsste dieser Umstand für das Selbstverständnis der Netzkonsumenten als Staatsbürger erhebliche Folgen haben.“ (S. 51)

Gesellschaftlich hat sich an der politisch-rechtlichen Ausdifferenzierung der Öffentlichkeit vom Privaten „strukturell nichts geändert, denn die kapitalistische Wirtschaftsform selbst beruht auf dieser Trennung.“ (S. 51).

„Nicht das Gefälle zwischen aktiver und passiver Teilnahme am Diskurs ist für die Öffentlichkeit konstitutiv, wohl aber sind es die Themen, die ein gemeinsames Interesse verdienen, sowie die jeweils professionell geprüfte Form und Rationalität der Beiträge“ (S. 52).

„entscheidend ist die Wahrnehmung der ... *Schwelle* zwischen privaten und öffentlichen Angelegenheiten, die in der politischen Öffentlichkeit diskutiert werden.“ (S. 52)

Durch die Nutzung der sozialen Medien könnte sich „in Teilen der Bevölkerung die *Wahrnehmung der Öffentlichkeit* in der Weise verändert haben, dass die Trennschärfe zwischen ´öffentlich´ und ´privat´ und damit der inklusive Sinn von Öffentlichkeit verblasst.“ (S. 53)

„Mit den sozialen Medien entstehen frei zugänglich öffentliche Räume, die alle Nutzer zur spontanen und von keiner Seite geprüften Intervention einladen.“ (S. 53)

Die Infrastruktur dieser Öffentlichkeit „ist technischer und ökonomischer Art“ (S. 54). Eigentlich sind diese Räume weder öffentlich noch privat, sie sind mehr „eine zur Öffentlichkeit aufgeblähte Sphäre einer bis dahin dem brieflichen Privatverkehr vorbehaltenen Kommunikation“ (S. 54). Soweit sich aus den Botschaften der Autoren „selbsttragende Echoräume bilden, teilen diese Blasen mit der klassischen Gestalt der Öffentlichkeit den porösen Charakter der Offenheit für *weitere* Vernetzungen“ (S. 54)

Zugleich sind sie nicht (so) inklusiv wie die klassische Öffentlichkeit durch ihre „Abkehr dissonanter und die assimilierende Einbeziehung konsonanter Stimmen in den eigenen, *identitätswahrend begrenzten* Horizont“ (S. 54).

Wegen dieser beschränkten Perspektiven „einer solchen *Halböffentlichkeit*“, kann sie nicht mehr als inklusiver Raum für die diskursive Klärung konkurrierender Ansprüche auf Wahrheitsgeltung wahrgenommen werden. (S. 54) Umgekehrt wird die inklusive Öffentlichkeit nun als Halböffentlichkeit herabgestuft und z.B. als Lügenpresse diffamiert. Vor allem in den USA ist die Politik „in den Strudel“ solch einer „anhaltenden Polarisierung der Öffentlichkeit geraten“. Typisch für diese hoffentlich nur temporäre Zerstörung der politischen Öffentlichkeit: kommunikative Inhalte können nicht mehr „in der Währung krisierbarer Geltungsansprüche“ ausgetauscht werden. Das Entscheidende dabei: Fake News können als solche gar nicht mehr identifiziert werden (S. 56).

Aber: die Kommunikation in den verselbständigten 'Halböffentlichkeiten' ist „keineswegs entpolitisiert“ (S. 56). Dadurch nimmt das ganze demokratische System Schaden. Denn die Aufmerksamkeit der Bürger wird nicht mehr auf relevante entscheidungsbedürftige Themen gelenkt.

Die Gründe: Entstehung des Silicon Valley's (kommerzielle Nutzung des Netzes) einerseits, globale Ausbreitung des neoliberalen Wirtschaftssystems andererseits (S. 56).

Das Wettbewerbsrecht ist der falsche Hebel, um den Markt zu regulieren, solange der „Grundfehler“ nicht korrigiert wird, dass die Plattformen für die Verbreitung täuschungsanfälliger Inhalte keine Haftung übernehmen müssen (S. 57).

Deliberative Demokratie. Ein Interview

Ideale Sprechsituation: H. betont, dass er den Begriff seit 1972 nicht mehr gebraucht und längst revidiert habe (s. 59). Er meinte damit ein Bündel von pragmatischen Voraussetzungen, „von denen wir *faktisch* immer dann ausgehen *müssen*, wenn wir in eine Argumentation über die Gültigkeit von Aussagen eintreten.“ (S. 59)

Aus der Beobachterperspektive kann man nun feststellen, „dass rationale Diskurse selten in reiner Form stattfinden.“ (S. 60) Das ändert aber nichts daran, dass wir als Beteiligte von Diskursen von solchen „Voraussetzungen ausgehen müssen. Das zeigt sich unter anderem daran, dass wir einen nur zum Schein geführten Diskurs oder ein fragwürdig zustande gekommenes Einverständnis anhand genau dieser Maßstäbe kritisieren.“ (S. 60)

„Es gibt viele Praktiken, die nur funktionieren, solange die Beteiligten bestimmte idealisierende Voraussetzungen vornehmen. In einem demokratischen Rechtsstaat werden Bürger zum Beispiel ihre Konflikte nur so lange auf dem Gerichtsweg austragen, wie sie voraussetzen können, dass sie ein mehr oder weniger faires Urteil erwarten dürfen.“ (S. 60)

„Auch unter den veränderten Bedingungen der Massendemokratie müssen parlamentarische Gesetzgebung, Parteienkonkurrenz und freie politische Wahlen in einer lebendigen politischen Öffentlichkeit, einer aktiven Bürgergesellschaft und einer liberalen politischen Kultur Wurzeln schlagen. Denn ohne diesen gesellschaftlichen Kontext finden die für eine demokratische Legitimation der Herrschaft wesentlichen Voraussetzungen der Deliberationen keinen Halt in der Realität.“ (S. 61)

Das alles heißt nicht, dass man sich politische Diskurse „gewissermaßen idyllisch idealisiert als friedliche Seminarveranstaltung vorzustellen hat.“ (S. 62). Im Gegenteil: Gerade die Wahrheits-/Richtigkeitsorientierung wird die Diskurse anheizen. Der „Witz“ besteht darin, dass wir in politischen Auseinandersetzungen „unsere Überzeugungen verbessern und der richtigen Lösung von Problemen näherkommen.“ (S. 62)

Solche Diskurse begründen die Erwartung, „dass die Beteiligten im Verlaufe der Deliberation ihre anfänglichen Präferenzen überprüfen und im Lichte besserer Gründe auch verändern.“ (S. 62)

„Diskurs und Aushandeln sind legitime Formen der politischen Einigung.“ (S. 63)

Entscheidend: Welche Art von Gründen trauen wir die Kraft „zur rational motivierten Änderung von Präferenzen“ (S. 63).

Das hängt von „philosophischen Hintergrundprämissen“ ab.

- Empiristen: nichtkognitivistische Auffassung praktischer Vernunft, allein bessere Informationen sollen hier Einfluss auf Präferenzen über Handlungsspielräume und Risiken haben.
- Aber: In politischen Diskursen geht es nicht nur um die Wahrheit von Aussagen, „sondern auch um Geltungsansprüche, die wir mit normativen und evaluativen Aussagen“ verbinden, wie vor allem der *vorausgesetzten* Norm der Konsensorientierung des Diskurses. Das bedeutet aber nicht, „dass die Beteiligten die unrealistische Erwartung haben dürfen, in politischen Fragen tatsächlich einen Konsens zu erzielen.“ (S. 64)
- „die Masse der politischen Entscheidungen verdankt sich natürlich Kompromissen“ (S. 65), die sich im Rahmen von „Verfassungsnormen“ oder allgemein gültigen Vorgaben abspielt, so z.B. die Vorgabe, den globalen Klimawandel im allgemeinen Interesse der Bürger und künftiger Generationen so bald wie möglich zu stoppen (S. 66).

Nach der Säkularisierung der Staatsgewalt in der Moderne haben demokratisch erzeugte Verfassungen die Religion in der Rolle als Legitimationsbeschaffer abgelöst (S. 67). Dieser Hintergrundkonsens ist in der Regel „durch den deliberativen Austausch von Argumenten zustande gekommen.“ (S. 67)

Konsensorientierung ist funktional gesehen erst „in den Beratungen“ der Institutionen erforderlich, „in denen rechtsverbindliche Beschlüsse gefasst werden.“ Die informelle Öffentlichkeit dagegen, kann auch „wüste Formen des Konflikts aushalten“, denn Beschlüsse werden hier nicht gefasst (S. 68).

Eine kraftvolle Rhetorik „gehört auf dem langen Weg, den ein Thema braucht, um hinreichende mediale Aufmerksamkeit zu gewinnen ... noch zu den konventionellen Mitteln. Auch spektakuläre, ja regelverletzende Aktionen dienen Botschaften, die im politischen System ´ankommen´ sollen.“ (S. 70)

„Selbst moralische Diskurse müssen zunächst von den jeweils eigenen Interessen ... ausgehen“ (S. 70). Die Gemeinwohlorientierung ist wichtig, darf aber von den Bürgern „nur in kleiner Münze“ erhoben werden (S. 70).

„Die liberale Demokratie ist deshalb eine so anspruchsvolle und fragile Staatsform, weil sie nur durch die Köpfe ihrer Bürger hindurch realisiert werden kann.“ (S. 70)

„Als Philosoph vertrete ich die Auffassung, dass ´wir´ gute Gründe haben, in interkulturellen Diskursen die allgemeine Gültigkeit der Menschenrechte als moralische Grundlagen des demokratischen Verfassungsstaates zu verteidigen. Allerdings nur unter der Bedingung, dass ´wir´ an solchen Diskursen *lernbereit* und als *eine Partei unter anderen* teilnehmen.“ (S. 71)

Will sagen: wir dürfen keine ´Kreuzzüge´ zur Verbreitung liberaler Demokratien führen (S. 71).

„Eine besonders große Belastung können jene religiösen Spaltungen der Gesellschaft sein, die heute beispielsweise die europäischen Bevölkerungen als Folge der Einwanderung aus islamischen Ländern erfahren.“ (S. 73)

Der liberale Staat darf hier keine fragwürdigen Kompromisse machen: „er muss von den Minderheiten verlangen, dass sie ihre kulturelle Lebensform und ihre Religion nur im Rahmen der für alle geltenden Grundrechte praktizieren.“ (S. 73)

Hier „helfen“ hier „die verständnisvolle Thematisierung der verschiedenen Integrationskonflikte in der breiten Öffentlichkeit und vor allem die Entdramatisierung der Ängste und Unsicherheiten“ (S. 73). Der „Stil“ ist hier „das Argument.“ (S. 73)

„In meinen theoretischen Bemühungen fühle ich mich der von Max Horkheimer begründeten Tradition und natürlich meinem Lehrer Theodor W. Adorno nach wie vor verpflichtet.“ (S. 74f.)

„Die moderne Demokratie unterscheidet sich von ihren antiken Vorläufern wesentlich dadurch, dass sie ein mit Mitteln des modernen Rechts *verfasstes* politisches Gemeinwesen darstellt, das die Staatsbürger mit gleichen *subjektiven Rechten* ausstattet.“ (S. 76)

Zudem gibt es in ihnen anders als in Griechenland eine repräsentative Demokratie, wo die Bürger nur indirekt, d.h. über Wahlen beteiligt werden (S. 76).

Und diese Wahlakte müssen „aus der Teilnahme der Bürger an *einer weitgehend anonymen, aber gemeinsamen Massenkommunikation* hervorgehen.“ (S. 76)

„Nur als Teilnehmer am Prozess der öffentlichen Meinungsbildung kann nämlich der einzelne Staatsbürger ... jene Spannung ausgleichen, die zwischen den jeweils eigenen Interessen des Gesellschaftsbürgers und dem Gemeinwohlinteresse des Staatsbürgers besteht.“ (S. 76)

1. Kommentar dazu: Der Verfassungsstaat wird „in einem notwendigerweise *solidarischen Geist* gegründet, von dem sich auch etwas in diesem Staat und mit ihm *verstetigen muss*.“ (S. 78) Dieses „*soziale Kapital*“ des ursprünglichen Gründungsaktes dürfen die nachgeborenen Generatoren nicht verspielen.“ Die „Soll-Bruchstelle“ dieses Zusammenhangs: dass die „bei ihrer politischen Wahl zwischen berechtigten Privatinteressen und Gemeinwohlbelangen eine faire Abwägung“ vorgenommen haben und „alle Bürger in den tatsächlich implementierten Gesetzen und Freiheiten, die aus einer pluralistischen demokratischen Willensbildung hervorgehen, im Großen und Ganzen auch ihren eigenen Willen wiedererkennen können.“ (S. 79f.) Von einer Demokratie kann nur so lange die Rede sein, „wie die Masse ihrer Bürger an diesem Ziel glaubwürdig festhält.“ (S. 80) Will sagen: die subjektiven Rechte müssen für jeden Bürger den gleichen Wert haben, was ohne die Möglichkeit der Rückversicherung „*des zwingenden Rechts in der politischen Solidarität der gesetzgebenden Bürger*“ nicht möglich ist (S. 80). Dieses System kann versagen, wenn „das politische Gemeinwesen in Kriegs- oder Katastrophenfällen unter Stress gerät. In solchen Fällen muss der Staat ggf. „überproportional beanspruchte *solidarische Kräfte* der Bürgerinnen und Bürger anbieten.“ (S. 81) „Wenn ein vom Gesetzgeber legitimierter Wille darüber entscheidet, welchen Bürgern welche Belastungen zugemutet werden müssen,“ dann ist das zwar legitim, aber es

macht zugleich deutlich, dass das strukturell angelegte Problem zwischen Eigeninteresse und Gemeinwohlorientierung von den „Staatsbürgern selbst gelöst werden muss“ und zwar „nur im Zuge einer gemeinsamen Meinungs- und Willensbildung in der politischen Öffentlichkeit“ (S. 82). Demokratische Politik muss vor allem daran interessiert sein, das Verhältnis zwischen subjektiven Freiheiten und Solidarität auszubalancieren (S. 82).

2. Auseinandersetzung mit Kritiken an der deliberativen Politik:
3. Weiterer Einwand: Haben die politischen Debatten nicht einen polemischen Charakter, der einer Wahrheitsorientierung widerspricht? Nein, denn „gerade die ‚Wahrheitsorientierung‘, also die Überzeugung ... der Beteiligten, mit ihr Auffassungen und Einschätzungen ´recht zu haben´, befeuert die politischen Auseinandersetzungen und verleiht ihnen den strittigen Charakter.“ (S. 88) Denn auch über Geltungsansprüche, die mit moralischen Gerechtigkeitsaussagen verbunden sind, kann mit guten Gründen darüber gestritten werden, ob sie wahr oder falsch sind. (S. 88) Wobei gerade „das Bewusstsein des Entscheidungszwangs“ dem politischen Diskurs einen „ungeduldigen Charakter“ und „scharfen Ton“ gibt (S. 89). Dabei muss es zudem einen „erkennbaren Bezug des demokratischen *Votums*“ der Wähler zu dem geben, „was die Wähler dann tatsächlich ´bekommen´“ (S. 90). Sobald also die politische Öffentlichkeit „funktionslos verrottet, verliert der Staat selbst dann seine demokratische Substanz“ (S. 90). Diese latente Gefahr kann nur abgewendet werden, wenn die „mediale Infrastruktur der Öffentlichkeit eine halbwegs deliberative Meinungs- und Willensbildung der Bevölkerung selbst ermöglicht.“ (S. 90) Zudem braucht es eine Regierung, „die sich selber politische Gestaltungsmacht zutraut“ und die nicht im Opportunismus untergeht, es allen Recht machen zu wollen (S. 90).
4. Ist das alles nicht zu idealistisch gedacht? Kritische Betrachtung von zwei alternativen Ideen. Einerseits die, den rohen spontanen Wählerwillen entscheiden zu lassen, andererseits der Idee, dem Expertenurteil einer politischen Elite zu vertrauen. Beide sehen „von der Relevanz einer aufgeklärten und inklusiven Meinungs- und Willensbildung der Bürger in der politischen Öffentlichkeit ab“ (S. 92). Der erste Ansatz ignoriert „die eigentliche Aufgabe demokratischer Staatsbürger, nämlich ihre individuellen Interessen, ..., mit dem zu integrieren, was im gemeinsamen Interesse aller liegt.“ (S. 93) Beim zweiten Ansatz dito: die Bürger verzichten hier „auf den folgenschweren Gebrauch ihrer politischen Autonomie.“ (s. 94) Gerade in den Demokratien entsteht das überraschende Widerstandspotenzial (= Verbindung von traditionellem Populismus mit ´libertärer Selbstbezogenheit ausgeflippter Verschwörungstheoretiker´) „lässt das politische System von innen zerbröseln, wenn auf der Basis wachsender sozialer Ungleichheiten der Zerfall der politischen Öffentlichkeit nur weit genug fortgeschritten ist.“ (S. 96)